

Dorsten - Info

DIE LINKE.
Stadtverband Dorsten

Ausgabe Dezember 2021

Warme Wohnung statt sozialer Kälte

Die EU stellt fest:

7,4 Millionen Menschen in Deutschland können ihre Wohnung nicht mehr ordentlich heizen!

Bei 4,5 % Inflation steigen die Energiepreise um 18 %.

Deshalb fordert **DIE LINKE.** einen „Keiner-soll-frieren-Plan“

Am 4. November wurden erste Ergebnisse einer EU-Erhebung veröffentlicht. Danach hatten 7,4 Millionen Menschen – das sind 9 Prozent von 82,2 Millionen Menschen in Deutschland – nicht genug Geld, um ihre Wohnung angemessen zu heizen. Wir fordern in unserem ersten Antrag in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages einen „Keiner-soll-frieren-Plan“ von der Bundesregierung. Es darf nicht sein, dass die Aktienkurse der Konzerne in den Himmel wachsen und gleichzeitig 7,4 Millionen Menschen nicht genug Geld

haben, um ihre Wohnung angemessen zu heizen.



Der Stadtverband Dorsten wünscht geruhsame Feiertage und einen guten Start in 2022

Die Preise für Produkte des täglichen Lebens sind deutlich gestiegen. Die Inflationsrate lag im Oktober 2021 bei 4,5 Prozent, die Verbraucherpreise für Energie stiegen im vergangenen Jahr um über 18 Prozent. Angesichts des nahenden Winters besteht wegen der hohen Energiepreise dringender Handlungsbedarf. Wir brauchen unverzüglich einen „Keiner-soll-frieren-Plan“, damit sich alle eine warme Wohnung leisten

können. Insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen brauchen schnelle, konkrete Hilfe. Niemand soll im Winter zu Hause frieren müssen.

Um zukünftig hohe finanzielle Belastungen für viele Menschen zu vermeiden, brauchen wir eine soziale und ökologische Offensive:

- Kleine und mittlere Einkommen müssen bei der Einkommensteuer deutlich entlastet werden.
- Die Löhne müssen durch Tarifabschlüsse über die Inflationsrate hinausgehend steigen und Transferzahlungen entsprechend erhöht werden.



vor der Corona-Krise



nach der Corona-Krise

- Die Energiewende muss sozial gerecht werden, damit der Heizbedarf von Wohnraum mittels energetischer Sanierung ebenso sinkt, wie die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.
- Die Hartz-IV-Sätze und das Wohngeld erhöht werden.
- Strom- und Gassperren aufgrund von Zahlungsunfähigkeit müssen untersagt werden.

Wir fordern zudem

- eine Einmalzahlung von 200 Euro für Menschen, die weniger als 1074 Euro im Monat haben. Außerdem müs-
- Die Kosten der Klimakrise dürfen nicht auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden. Wir brauchen eine Betriebskostenbremse!

Bundesregierung muss handeln -

Fast jeder Fünfte in Deutschland ist armutsgefährdet

„Neue Zahlen des statistischen Bundesamtes zeigen, dass 18,5 Prozent und damit jeder Fünfte in Deutschland armutsgefährdet ist. Die kommende Bundesregierung muss der Armutsbekämpfung endlich oberste Priorität einräumen“, so Katja Kipping, Sozialexpertin der Fraktion DIE LINKE.

Kipping weiter:

„Die gut 15 Millionen Betroffenen sind trotz Sozialleistungen arm. Die Regelbedarfe für Erwerbslose und Armutsrentner sind seit Jahren zu niedrig. Stigmatisierung

durch das Hartz-IV-Sanktionsregime sowie aufgesplitterte und kompliziert zu beantragende Leistungen für Bildung und Teilhabe von Kindern sorgen ebenfalls dafür, dass Geld nicht bei denen ankommt, die es am dringendsten brauchen. Dennoch gilt: Ohne Sozialleistungen wäre die Armutsgefährdungsquote noch erheblich höher.

Die verbesserte Methodik des Mikrozensus bewirkt, dass bisherige Verzerrungen der Armutsstatistik gemildert werden. Das bedeutet aber auch, dass Armut

in den letzten Jahren statistisch unterschätzt wurde. Die Ampel hat nun vier Aufgaben: Armutsfeste Regelbedarfe für Erwerbslose und Grundsicherungsbeziehende von mindestens 658 Euro, eine Mindestrente, die den Namen verdient, sowie eine armutsfeste Kindergrundsicherung und eine Beendigung des Niedriglohnssektors mit Armutslöhnen.“

Für Sie zu erreichen:

DIE LINKE. Dorsten

Burgsdorffstr. 16

46284 Dorsten

☎ 0176 66365207

buero@dielinke-dorsten.de

www.dielinke-dorsten.de

V.i.S.d.P.:Karl Türck,

Glück-Auf-Str. 18, 46284 Dorsten,

Tel. 02362 79 49 16;

kallutuerk@web.de

**Runter mit
den Mieten.**

**Mietendeckel
bundesweit**



5 Jahre Mietpreisbremse

Kein Grund zu feiern!

Denn in nahezu allen Großstädten steigen die Mietpreise weiter, in einigen Städten sogar stärker als vorher.

Wer die Mietenexplosion stoppen will, muss Mieten deckeln und ein öffentliches Programm für sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau auflegen!